

SoVD-Forderungen zum „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung“

## Einheitliches Teilhabegeld statt Flickenteppich

Mehr als 660.000 Menschen in Niedersachsen haben eine Schwerbehinderung. Als Ausgleich für ihre Behinderung können sie verschiedene Leistungen bekommen. Das Problem: Diese sind sehr unübersichtlich und je nach Behinderung unterschiedlich gestaltet. Anlässlich des „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb ein einheitliches Teilhabegeld, das allen Betroffenen gleichermaßen zugutekommt.



Foto: vladstar / Adobe Stock

Der SoVD ist der Auffassung, dass alle Menschen mit Behinderung ein einheitliches Teilhabegeld erhalten sollten – nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland.

Menschen mit Behinderung erhalten in einzelnen Bundesländern unterschiedliche Leistungen. In Niedersachsen und Berlin gibt es zum Beispiel ein Landesblindengeld – allerdings liegt der Betrag in Berlin mehr als 250 Euro über dem in Niedersachsen. Auch für gehörlose oder taubblinde Menschen gibt es Unterschiede: Während etwa Berlin, Nordrhein-Westfalen oder Hessen ein Gehörlosengeld zahlen, gehen Betroffene in Niedersachsen leer aus. „Das ist eine extreme Ungleichbehandlung. Es kann nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob jemand finanzielle Unterstützung bekommt oder nicht“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Nach Auffassung des größten Sozialverbands in Niedersachsen wäre ein bundeseinheitliches Teilhabegeld die richtige Lösung.

„Das Teilhabegeld muss einkommens- und vermögensunabhängig und vor allem allen Betroffenen gezahlt werden – egal, welche Behinderung sie haben“, erläutert Swinke.

Dass die Bundesregierung diese weitaus gerechtere Leistung bislang ablehne, sei ein enttäuschendes Signal. „Dadurch würden Menschen mit Behinderung mehr Flexibilität und Selbstbestimmung in punkto Teilhabe erhalten“, so der Vorstandsvorsitzende. Deshalb fordert der SoVD von der niedersächsischen Landesregierung, mit gutem Beispiel voranzugehen. „Für die Menschen mit Behinderung in Niedersachsen muss es ein einheitliches Teilhabegeld geben, um mehr Gerechtigkeit herzustellen. Außerdem sollte sich Niedersachsen mit einer Bundesratsinitiative für eine bundesweite Lösung einsetzen“, betont Swinke.

Bürgergeld und Grundsicherung: Fast 15 Prozent der Betroffenen zahlen zu hohe Mieten selbst

## Tatsächliche Kosten müssen übernommen werden

Wer Bürgergeld oder Grundsicherung erhält, bekommt die Kosten für Unterkunft und Heizung erstattet, solange diese angemessen sind. In Niedersachsen ist das bei etwa 15 Prozent der Bezieher\*innen jedoch nicht der Fall. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der ehemaligen Fraktion Die Linke. Die Folge: Miete und Heizkosten müssen aus dem ohnehin knapp bemessenen Regelsatz bezahlt werden. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb, die angemessenen Kosten zu überprüfen und anzupassen. Außerdem müsse es mehr bezahlbaren Wohnraum geben.

In Niedersachsen entscheidet jede Kommune selbstständig, welche Kosten für Unterkunft und Heizung bei Bürgergeld- oder Grundsicherungsbezug angemessen sind. In zahlreichen Fällen liegt dieser Betrag jedoch unter dem tatsächlichen Mietenniveau des jeweiligen Wohnorts. Das führt dazu, dass Betroffene in Niedersachsen durchschnittlich etwa 90 Euro aus ihrem Regelsatz dazuzahlen müssen. „Das ist für die meisten fast unmöglich, denn mit 520 Euro monatlich ist der Regelsatz ohnehin schon zu niedrig. Auch die Erhöhung zum 1. Januar um 61 Euro reicht nicht. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband, dass die gezahlten Kosten jedes Jahr überprüft und angepasst werden.

„Nur so kann dafür gesorgt werden, dass Bezieher\*innen von Bürgergeld und Grundsicherung nicht weiter in die Armut getrieben werden“, betont Swinke weiter.

Allerdings sei damit das Problem der fehlenden Sozialwohnungen noch nicht gelöst. „Die Mieten steigen auch in Niedersach-

sen immer weiter. Hier muss die Landesregierung endlich dafür sorgen, dass es mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum gibt“, so der nie-

dersächsische SoVD-Chef. Es sei notwendig, dass die Landeswohnungsgesellschaft umgehend ihre Arbeit aufnehme. Die Zeit dränge.

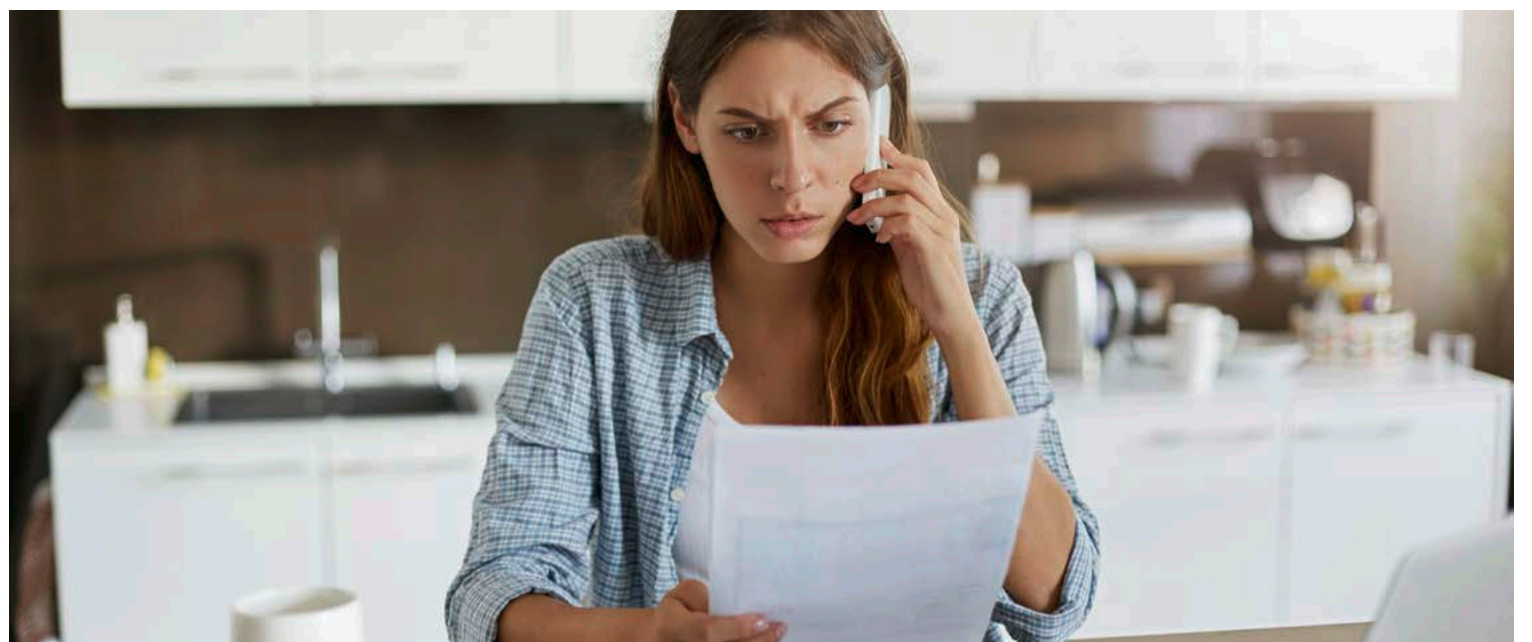


Foto: Wayhome Studio / Adobe Stock

An vielen Orten ist die Mietbelastung erheblich höher als der Betrag, der für Bürgergeldbezieher als angemessen definiert wird.